

Obamas USA

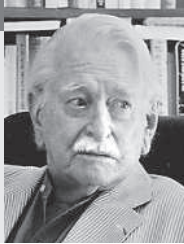
Klaus Harpprecht

Amerika – die letzte Bastion des Christentums in der westlichen Welt

Mit Taufe, Hochzeit und Begräbnis hört bei der Mehrheit der Europäer die Christlichkeit auf. Wie groß sind die Unterschiede zum sich stets als christlich deklarierenden Amerika?

Klaus Harpprecht

(* 1927) ist Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war Berater von Willy Brandt. Zuletzt erschienen seine Biografie über Marion Gräfin Dönhoff. Im Februar erhielt er den Lessing-Preis der Stadt Hamburg.



Wer die Mentalitäten diesseits und jenseits des Atlantiks ein wenig kennt, durfte schon vor Jahrzehnten notieren, dass die Gesellschaft der Vereinigten Staaten vermutlich die einzige in der westlichen Hemisphäre ist, der es zukommt, christlich genannt zu werden. Vielleicht, vielleicht ließe sich das auch – wenigstens auf den ersten Blick – von Italien, von Spanien, von Portugal oder Irland sagen, immerhin von jeher die niemals wankenden Bastionen der Römischen Kirche. Nach dem zweiten und dritten Blick sind die Fragezeichen freilich nicht zu verdrängen, denn es ist offensichtlich, dass die Autorität des Papstes und des Klerus in den vergangenen Jahrzehnten auch in diesen erzkatholischen Ländern beträchtlich gelitten hat, nicht nur was den Gehorsam gegen die vatikanischen Regeln der Lebensführung zumal im Problemfeld der Sexualität angeht. Die Sittenskandale in so vielen kirchlichen Institutionen (freilich nicht nur katholischen) haben den Emanzipationswillen der Laien auf fatale Weise herausgefordert und sie haben die Fluchtbewegung aus den

einst so selbstverständlichen Bindungen mächtig vorangetrieben. Denn auch die Zweifel an Grundelementen des Credo wachsen, vor allem in Mittel-, West- und Nordeuropa, die Zahl der Getreuen, die mit einiger Regelmäßigkeit die Messe feiern oder gar im Beichtstuhl knien, mindert sich von Jahr zu Jahr.

Von der Mehrzahl der protestantisch geprägten Völker Europas, aber auch von Frankreich lässt sich kaum behaupten, dass sie noch immer in jeder Faser ihrer Existenz vom Christentum geprägt sind. Für eine Minderheit trifft dies zu, für die Mehrheit nicht, auch wenn sie aus Gründen der Gewohnheit einer Kirche angehören, getauft sind, womöglich vor dem Altar getraut und christlich begraben werden. Die zentralen religiösen Werte sind im Alltag der Majorität nicht länger gegenwärtig. Sie werden nicht eifernd geleugnet oder mit pathetischem Protest verbannt. Nichts davon. Man begegnet ihnen eher gleichgültig. Sie sind nicht weiter wichtig.

Religion als wichtiges Element des Daseins

Anders in Amerika. Dort bekannten im Jahre 2007 mehr als 55 % der Bürger, dass die Religion ein sehr wichtiges Element ihres Daseins sei (darunter immerhin 45 % der Menschen zwischen 18 und 30). In Deutschland und in Skandinavien sind es

keine 20 %. An ein Leben nach dem Tod glauben 74 % der Amerikaner, doch nur 37 % der erwachsenen Deutschen (in der Ex-DDR sind es nur 17 %). Ebenso vertrauen 74 % der Menschen in den Vereinigten Staaten fest darauf, dass ein Himmel auf sie wartet, und immerhin fast 60 % fürchten die Hölle. Für die Hoffnungen und Ängste der Deutschen liegen – was das Paradies und das Inferno angeht – keine neueren Auskünfte vor. Aber man weiß, dass 37 % der Deutschen des Glaubens sind, Gott habe die Welt erschaffen (doch nur 20 % der Ostdeutschen), dass sich an die 35 % zur Dreifaltigkeit Gottes bekennen (gut 16 % der Menschen in der ehemaligen DDR), 24 % hoffen auf die Auferstehung der Toten (im Osten freilich nur 10 %). Der Sache nicht sicher sind sich insgesamt 20 % (und 14 % der einstigen Brüder und Schwestern).

Das aber heißt: In den Vereinigten

Staaten ist die Religiosität nach wie vor eines der Fundamente, das die Gesellschaft trägt, und der Glaube ist – wie es immer war – eines der Elemente, aus denen das öffentliche Leben seine Dynamik gewinnt, eine der Hauptenergien des Gemeinwesens über die Klassen, die Rassen, die Parteien hinweg. Es ist unvermeidlich, dass religiöse (oder doch religiös drapierte) Meinungen ins Feld der Politik hinüber wirken, je radikaler, umso ungehemmter. Niemals war die Minorität der evangelikalen Protestanten mächtiger als in der Regentschaft des zweiten Präsidenten Bush, und sie peitscht auch die Stimmung der *Tea Parties* auf, die im Begriff sind, die Republikaner – einst die Partei Abraham Lincolns – in eine rechtsextremistische Sekte zu verwandeln, jederzeit bereit, zum Kreuzzug gegen Präsident Obama aufzurufen.

Die Verfassung aber gebietet die Trennung von Kirche und Staat. Thomas Jef-

erson, Hauptautor der Unabhängigkeitserklärung, schrieb die völlige Freiheit der Religionen in die Konstitution der Kolonie Virginia – jene Freiheit des Glaubens, die von den Pilgervätern in der Neuen Welt gelebt wurde, der Kontrolle durch die Staatskirche der britischen Krone entzogen. Sie hatten das Abenteuer der langen, gefährvollen Reise über den Atlantik gewagt, um eine Gemeinschaft zu gründen, die ein Abglanz des himmlischen Jerusalem sein sollte: *the city upon the hill*, die noch 300 Jahre später das visionäre Ziel war, dem Martin Luther King das Volk der schwarzen Amerikaner entgegenführen wollte. Die Bürgerrechtsbewegung ist ohne die christliche Motivierung nicht denkbar (auch wenn manche ihrer tapfersten weißen Vorkämpfer aus jüdischen Familien stammten) – sie war ein religiöser und zugleich eminent politischer Aufbruch. Dem Krieg um die Unabhängigkeit eilte eine Bekehrungswelle voran, von wortgewaltigen Predigern gelenkt, in der sich die emotionalen Energien sammelten, aus denen sich hernach der politische Wille nährte, den es brauchte, um die Macht der Kolonialherren zu brechen.

Produktive Dialektik

Natürlich ergaben sich aus der Koexistenz des religiösen Sendungsbewusstseins und des Laizismus der staatlichen Institutionen mitunter Spannungen, die aggressiv und böse werden konnten, wenn sie sich mit ethnischen oder sozialen Ressentiments vermengten. Alles in allem wirkte die Dialektik produktiv. Aufklärung und Religiosität gerieten – anders als in Deutschland oder Frankreich – niemals in einen grundsätzlichen Konflikt, der die Gesellschaft gesprengt hätte (obschon evangelikale Hinterwäldler auch heutzutage noch versuchen, die Evolutionslehre Darwins aus den Schulen zu verbannen).

Vielleicht vereinte keiner der Staatsleu-

te und Führer des Landes – neben Martin Luther King – gelebten Glauben und kühlen Rationalismus eindrucksvoller in seiner Person als Jimmy Carter, der immerhin den Friedensschluss zwischen Israel und Ägypten herbeizuzwingen vermochte und in dessen Amtszeit nicht ein einziger amerikanischer Soldat das Leben verlor. Nach seiner Präsidentschaft brachte es Carter zuwege, Konflikte in allen Winkeln der Welt zu schlichten, ja durch seine Intervention in Pjöngjang eine militärische Konfrontation zwischen dem Raketen rassenden Nordkorea und den Vereinigten Staaten zu zähmen. Überdies wurde er zum erfolgreichsten Entwicklungshelfer seines Landes – eine grandiose Lebensleistung, was immer Altkanzler Schmidt über ihn denken mag.

Jimmy Carter war vom baptistischen Milieu der Südstaaten geprägt, doch er löste sich aus der Gemeinschaft, als sie die Homosexualität ein ums andere Mal als »sündhaft« geißelte. Die evangelikalen Fundamentalisten, aufgepeitscht von den eifernden Fernseh- und Radio-Predigern, liefen scharenweise zu dem erzkonservativen Ronald Reagan über. Sie blieben dem rechten Flügel der Republikaner treu. Sie sind die lärmende Kerntruppe der *Tea Parties*, die sich nur zu gern vom vulgären Sexappeal der Ex-Gouverneurin Sarah Palin behexen lässt. Nur knapp ein Viertel des Anhangs der Evangelikalen entzog sich bei der Wahl im November 2008 den rassistischen Vorurteilen und stimmte für Barack Obama, der immerhin 44 % der Mitglieder der großen protestantischen Traditionskirchen für sich gewann – und eine Mehrheit der Katholiken, die freilich unter den weißen, europäisch geprägten Getreuen der römischen Kirche nur knapp ausfiel, doch umso eindrucksvoller unter den Zuwanderern aus Lateinamerika, von denen das Bild des amerikanischen Katholizismus immer stärker bestimmt wird.

Der Zustrom aus dem hispanischen Süden hielt den katholischen Anteil an der

Gesamtbevölkerung mit etwa 25 % halbwegs stabil, obwohl der Kirche in den vergangenen Jahrzehnten etwa ein Drittel ihrer Schäflein entlieft: in Massen nach der Entdeckung der Missbrauchs-Skandale in den katholischen Schulen und unter den Ministranten. Die »Wiedergutmachung« durch finanzielle Trostpflaster kostete die einst so reiche Kirche viele Milliarden. Die dramatische Verarmung vertrieb (um nur ein Beispiel zu nennen) den Erzbischof von Boston aus seiner fürstlichen Residenz: Er muss sich nun mit einer Mietwohnung begnügen. Wie tief der Wandel ist, der sich unter den praktizierenden Katholiken vollzieht, zeigt sich (unter anderem) in der Beobachtung, dass nur noch die Hälfte von ihnen Abtreibungen als illegal betrachtet (von Empfängnisverhütung nicht zu reden).

Obamas religiöser Spagat

Die demokratische Partei Obamas ist in den ärmeren Schichten und im unteren Mittelstand fest verwurzelt – wozu die Juden Amerikas kaum zu rechnen sind, die nur 1,7 % der Gesamtbevölkerung zählen (und dennoch fast so vielköpfig sind wie die gesamte jüdische Einwohnerschaft Israels). Die jüdische Majorität gab immer den Demokraten den Vorrang, doch in seltener Einmütigkeit votierten 80 % für Obama, viele von ihnen zweifellos in der Hoffnung, er werde Israelis und Palästinenser endlich zum Friedensschluss überreden, auch mit hartem Nachdruck, wenn es denn sein muss. Der Präsident lud im Sommer dieses Jahres die jüdischen Mitglieder seines Stabes zu einem Sederabend zum Auftakt des Pessach-Festes ins Weiße Haus: eine Premiere in der Residenz des amerikanischen Staatsoberhauptes – eine schöne Geste der Toleranz, aber zugleich wohl ein diskretes Werben um die Unter-

stützung seiner Nahost-Politik durch das aufgeklärte amerikanische Judentum. Es geschah auch nicht beiläufig, dass Obama den vakanten Sitz im Obersten Gerichtshof mit einer jüdischen Rechtswissenschaftlerin besetzte: In der Folge ist die Elite der WASP, der weißen angelsächsischen Protestanten, in der höchsten Rechtsinstanz des Landes nicht mehr vertreten. Eine kleine Sensation, die nur am Rande zur Kenntnis genommen wurde.

Obama selbst macht von seinen religiösen Bindungen nicht viel Aufhebens. Kein demonstrativer Kirchgang am Sonntagmorgen vor einer Batterie der Fernseh-Kameras. Sollte er zwischen schwarzen und weißen Gotteshäusern wechseln? Er betrachtet seinen Glauben (und den der Familie) offensichtlich als ein Element seiner privaten Existenz, die er geschützt wissen will. Diese Zurückhaltung mag erklären, warum ihm zwei Drittel der konfessionell nicht gebundenen Wähler ihre Stimme gaben (ihre Zahl wächst langsam, aber stetig). Zum andern gewann er fast die Hälfte der besonders frommen Bürger – die Evangelikalen ausgenommen –, die öfter als einmal in der Woche ein Gotteshaus aufsuchen.

Dieser Spagat wird nicht allzu vielen der demokratischen Senatoren und Abgeordneten gelingen, die sich im November zur Wahl stellen. Indes: Die Majorität ihrer Landsleute sollte wahrnehmen, dass sich die Republikanische Partei in eine erkonservative und zum guten Teil extremistische Formation der Ultrarechten zu entwickeln droht. Der liberale Flügel der *Grand Old Party* ist de facto ausgelöscht. Niemand, der eine geprüfte Autorität für sich in Anspruch nehmen könnte, tritt der rassistischen Hasskampagne entgegen. Es mag einige Jahre kosten, doch die Bürger der Vereinigten Staaten haben – siehe Joseph McCarthy – die radikalen Horden noch immer gebändigt.